

Die Linke und das Militär

Für die Demokratisierung der Bundeswehr



Die Demokratisierung der Bundeswehr könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Schaffung eines Kontrollorgans aus dem Durchschnitt der Bevölkerung
- Aufhebung der Kasernierung
- Statt Drill, Kadavergehorsam und ständischer Hierarchie selbstverwaltende Organisation des Militärs und all seiner Waffengattungen durch die Soldaten
- Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Offiziere aus den Reihen der Soldaten
- Freie Wahl der Ausbilder durch die Soldaten
- Abschaffung jeglicher Militärgerichtsbarkeit und Standgerichte
- Kirche raus aus dem Militär
- Aufbau professioneller psychologischer und sozialpädagogischer Betreuung von Soldaten und Angehörigen

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

www.demokratie-und-klasse.org

Versionsnummer: 2026-02-17

I. Ware muss abgesetzt, muss verkauft werden, um Mehrwert zu realisieren. Hierbei liegen die Unternehmen dann im Wettbewerb zueinander. Um des Profits willen müssen sich die Unternehmen stets weiterentwickeln und gegenseitig übertrumpfen. Dies führt zu stetiger Verbesserung und Verfeinerung der Produktion, Waren werden nützlicher, günstiger und zahlreicher. Hierfür braucht es mehr und mehr Absatzmärkte - bei gleichzeitiger Verteidigung der bisherigen Märkte. Somit versucht jede potente Nation auswärtige Märkte zu erobern und für sich zu erschließen. Sie stoßen dabei auf das gleiche Interesse jeder anderen Nation.

Die hiesige bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist die entwickelte warenproduzierende Gesellschaft. Dies bedeutet unter anderem, dass die Produktions- und Lebensmittel allgemein wie auch weltweit in den Händen weniger privater Unternehmer konzentriert sind. Das ist die Klasse der Kapitalisten. Ihr gegenüber stehen die Lohn- und Gehaltsabhängigen, also diejenigen, die im Grunde nichts

Proletarier, proletarii

kommt von lateinisch proles, 'die Nachkommenschaft', sie sind diejenigen, die nichts haben als ihre Kinder. Sie sind in der bürgerlichen Gesellschaft die, die gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Haben sie sie zeitweise verkauft, respektive vermietet, erarbeiten sie Produkte, die ihnen nicht gehören; sie sind tätig für andere, auch die Tätigkeit gehört ihnen nicht.

besitzen außer ihre Arbeitskraft. Das ist die Arbeiterklasse¹, das sind die Proleten. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft und setzen damit die Produktionsmittel der Kapitalistenklasse zur Mehrung des Reichtums in Gang. Geld tauscht sich gegen Arbeitskraft. Jeder zu seinem eigenen Nutzen, seines Privatinteresse wegen. Der eine als Arbeitskraftbesitzer, als Arbeiter, der andere als Besitzer der Produktionsmittel, als Kapitalist.

1 Die Arbeiterklasse darf sich nicht spalten lassen, weder entlang der Hautfarbe oder der Nation, der geschlechtlichen oder sexuellen Identität und auch nicht entlang der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, solange sie aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft resultieren.

Der „eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebend, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die – Gerberei“².

Denn die Arbeitskraft ist in der Lage, mehr Wert zu produzieren, als sie selber kostet. Darauf zielt die Aktivität des Kapitalisten ab, auf die Produktion des Mehrwerts. Um aus Geld mehr Geld zu machen, werden Waren produziert und aus der Produktion von Waren resultiert der Zwang, diese Waren auch abzusetzen - es resultiert Konkurrenz. Die Warenproduktion, Profitstreben und der daraus entstandene Wettbewerb treiben die einzelnen Kapitalisten stets weiter voran. Bis heute wird Kapital angehäuft, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in immer weniger Händen konzentriert.

Exkurs: Die Gerberei und das Menschenrecht

Auf dem Markt treffen Kapitalist und Prolet als gleichberechtigte Warenbesitzer aufeinander und entscheiden sich freiwillig, Ware gegen Ware, Arbeitskraft gegen Geld zu tauschen. Es herrscht Recht, „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte“: Freier Wille, Gleichheit und Eigentum.

In der Produktion stellt sich diese Vorstellung der Ebenbürtigkeit als Illusion heraus. Für den Proleten gilt Zwang, Ausbeutung und Eigentumslosigkeit. Der Kapitalist zielt auf die Produktion von Mehrwert, dem ihm der Prolet schafft. Damit gelten auf dem Markt Gesetze, die in der Produktion verletzt werden. Dieser Widerspruch, einer Klasse im Marktgeschehen Menschenrechte zuzugestehen, um sie ihr in der Produktion abzuerkennen, wohnt dem Kapitalismus inne. Die Aufhebung dieses Widerspruchs gelingt nur durch die Abschaffung der Mehrwertproduktion, die Abschaffung der „Gerberei“. „Die Verwirklichung der Menschenrechte wäre zugleich ihre Aufhebung – und mit ihr die Aufhebung des Proletariats.“ (Hindrichs, Philosophie der Revolution)

„Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie“³.

2 MEW 23, S. 191

3 MEW 4, S. 30

Dieser Prozess entwickelte sich ähnlich weiter auf europäischer und globaler Ebene. Nach anfänglichem Warenexport in andere Länder gewinnt der Kapitalexport (das meint unter anderem den Aufbau von Produktionsstätten vor Ort) zunehmend an Bedeutung. Da die Konkurrenz auch um Ressourcen und Transportwege stattfindet, führt dies zu Spannungen und Expansionsbemühungen der Kapitalisten der jeweiligen Staaten bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen. Denn *"der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel"* (von Clausewitz). Dies ist Imperialismus im weitesten Sinn.

II. Damit liegt eine der Aufgaben des kapitalistischen Staates auf der Hand. Einerseits Schutz der privaten Warenproduzenten und ihres Eigentums vor der eigentumslosen Klasse der Arbeiter, das ist Schutz nach innen. Andererseits Schutz der Kapitalistenklasse nach außen, gegen auswärtige imperiale Bestrebungen, damit sich die heimische Warenproduktion erhalten und entwickeln kann. Für diese Aufgaben braucht es eine stehende bewaffnete Macht, das Militär. Im Kern haben sich die imperialistischen Bestrebungen in bisher zwei weltumspannenden Kriegen entladen. Im ersten Weltkrieg direkt um die Konkurrenz 'am Platz an der Sonne', um Verfügungsmacht über Gebiete und Ressourcen 'kolonisierter Länder'. Darauf aufbauend entluden sich im zweiten Weltkrieg diese Bestrebungen erneut. Beide Weltkriege, insbesondere und ohne Abrede der Zweite, wurden von der jeweils damaligen deutschen Nation forciert und begonnen.

Zum Ausbruch des ersten Weltkrieg hat das Versagen der politischen Arbeiterklasse beigetragen, als sich die SPD und die SPD-nahen Gewerkschaftsverbände haben kaufen lassen. Für ihre Zustimmung zu einem Burgfrieden sollten die Gewerkschaften als Tarifpartner anerkannt werden und entsprechende Rechte erhalten. Damit wurde den deutschnationalen Expansionsbestrebungen Tür und Tor

geöffnet und nach außenhin schloss sich die SPD der Position der herrschenden Klassen an, dass die damaligen russischen Expansionsbestrebungen die größte Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse seien. Auch zur Entwicklung des zweiten Weltkriegs trug das wiederholte politische Versagen der Arbeiterklasse bei, da sich die SPD und die sich im Laufe des ersten Weltkrieges von ihr abgespaltene und konstituierte KPD nicht dazu durchringen konnten, die Arbeiterklasse gemeinsam gegen den erstarkenden spezifisch deutschen Faschismus aufzustellen. Umso fataler, da der deutsche Faschismus während des zweiten Weltkrieges das schrecklichste wie umfangreichste Menschheitsverbrechen durchführte, wie es die Geschichte nie zuvor erlebt hat: die industrielle Massenvernichtung an europäischen Juden. Hinzukommt der deutsche Vernichtungskrieg gegen die UdSSR und die gezielte Vernichtung von allem, was im Bild der `arischen´ Vorherrschaft keinen Platz hatte.

Der zweite Weltkrieg endete mit der Zerschlagung des dritten deutschen Reiches. Deutschland wurde daraufhin zerteilt und als Lehre der bestialischen Greuelthaten der Nationalsozialisten, die weder national noch sozialistisch dachten und handelten, sollte Deutschland nie wieder zu militärischer Stärke gelangen. Es entstanden zwei deutsche Staaten, die BRD im Westen und die DDR im Osten. Die BRD rekonstituierte sich entsprechend dem Willen der westlichen Alliierten als kapitalistischer Staat, mitsamt Grundgesetz und den der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Bedarfen - auch nach Militär. Allerdings hatten die Alliierten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges 1945 die komplette Demilitarisierung Deutschlands beschlossen.

III. Das Grundgesetz enthielt in seiner ursprünglichen Fassung von 1949 keinerlei Regelungen über die Aufstellung eines deutschen Militärs. Für die neugegründete BRD war kein eigenes Militär vorgesehen oder geplant. Eine weitere Folge des zweiten Weltkrieges war die Gründung der NATO, der Verbund der

westlichen Alliierten, um sich gegen die erstarkende Sowjetunion und der kommunistischen Bewegungen aufzustellen und um Deutschland unter Kontrolle zu halten - getreu dem Motto ihres ersten Generalsekretärs Lord Ismay: *„to keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“*. Das Interesse eben dieser NATO, die junge BRD als Frontstaat mit einzubinden, schuf für die herrschende Klasse der BRD gleichzeitig die Voraussetzung für ein eigenes Militär, als bestehende Verteidigungsarmee gegen die DDR. 1955 trat die BRD folglich der NATO bei und 1956 folgte eine Änderung des Grundgesetzes, die sogenannte Wehrverfassung. Dazu zählt unter anderem der Artikel 87a im Grundgesetz, in dem es heißt: *„Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“* sowie 87b im Grundgesetz, der die Einrichtung einer eigenständigen zivilen Wehrverwaltung vorsieht.

Exkurs: Deutschland und die NATO

Das Verhältnis der deutschen Kapitalisten zur NATO war insofern immer schon ein verkrampft-problematisches und die deutsche NATO-Mitgliedschaft muss auch als Vehikel zum Aufbau eines eigenen Militärs der deutschen Kapitalisten verstanden werden. Aber die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO ist für die herrschende Klasse keine Prinzipienfrage, sondern hängt von zwei Faktoren ab.

Erstens, ob ein Austritt aus der NATO wirtschaftlich vorteilhafter wäre und zweitens, ob Deutschland fähig ist, seine Eigenständigkeit wie Eigenmächtigkeit militärisch durchzusetzen. Letzteres ist noch nicht der Fall, weshalb ein deutsches Engagement in der NATO derzeit alternativlos ist.

So wie zu Zeiten des Boxeraufstands in China im Jahre 1900, wo alle großen imperialistischen Nationen gemeinsam den Aufstand niederschlugen, in Wahrheit aber jeder seine eigenen Interessen durchsetzen wollte, sucht Deutschland seinen imperialistischen Einfluss durch Teilnahme an etwaigen Kriegen und Kriegseinsätzen zur Geltung zu bringen. In China wurden die `Boxer` besiegt. Das Land wurde von der Koalition der Imperialisten besetzt. 14 Jahre später standen sich genau diese im erstem Weltkrieg gegenüber.

Damit war der erste Teil, ein stehendes Militär zur Verteidigung gegen außen, geschafft und die BRD kehrte als Spieler zurück auf die Weltbühne. Der zweite Teil, die Verteidigung nach innen gegen die Besitzlosen, gegen die Arbeiterklasse, folgte mit der sogenannten Notstandsverfassung etwas später im Jahr 1968. Dies war eine weitere Änderung des Grundgesetzes, die Befugnis des Militärs, auch im Inneren zu verteidigen - dies meint den Schutz von zivilen Objekten, Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes sowie Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer. Beide Änderungen wurden in der Öffentlichkeit heftig kritisiert und führten zu massiven Protesten. Mit dem Ende der UdSSR hat sich die BRD 1990 die DDR einverleibt. Durch den 2+4-Vertrag, den Einigungsvertrag (Art. 3) und die Ausweitung des Geltungsbereichs des Grundgesetzes konnte Deutschland wieder mehr eigene Wege gehen. Die neugewonnene Souveränität Deutschlands als Staat einheitlicher Nation wurde durch das Faktum gestärkt, dass die BRD der einzige Staat in Europa ist, der nach dem zweiten Weltkrieg bedeutsam territorial und zahlenmäßig gewachsen ist, mit einem Plus von rund 16 Millionen Einwohnern - während andere, durchaus auch im Interesse Deutschlands, kleiner geworden sind, wie zum Beispiel Jugoslawien oder die Tschechoslowakei durch Spaltung. Die außenpolitischen Bemühungen Deutschlands zur Spaltung anderer Nationen setzen sich fort: Großbritannien (Schottland, Nordirland, Wales), Spanien (Katalonien, Baskenland), Belgien (Wallonen, Flamen) und so weiter.⁴

IV. Heute, keine 100 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges, agiert die Bundesrepublik Deutschland wie selbstverständlich und mit stolzer Brust auf dem Weltmarkt und hat somit vermehrt

4 vgl. hierzu Emil Neubauer, *Der hässliche Deutsche*, Teil 1, S.319 ff., u.a.: *"Fünfundzwanzig Jahre Berliner Republik belegen, dass Deutschland als [damaliger] militärischer Winzling notgedrungen vornehmlich den völkischen Weg des Teilens und Herrschens geht, um den Status quo instabiler Länder zu seinen Gunsten zu ändern."*

Bedarf nach einer gewissen militärischen Stärke, sei es zur Sicherung von Transportwegen und Rohstoffen, zum Eintreiben von Schulden, als Argument gegen Wettbewerber, zur Durchsetzung von Verträgen gegenüber Dritten oder zur Absicherung nach innen wie außen mittels einer durchsetzungsfähigen Armee.

Hier zeigen sich die zwei Charakterzüge von Schutz:

Der Erste ist der defensive Charakterzug, die Verteidigung des bisher Bestehenden, mit einem stehenden Heer, das auf seinen genau bestimmten Gegner, die NVA und die Rote Armee, wartete. Der zweite Charakterzug ist der offensive, um Zugriff auf Ressourcen zu sichern und Absatzmärkte anderer Länder in den eigenen Einflussbereich zu bekommen, damit sich das Bestehende erhalten und entwickeln kann. Hierfür braucht es eine technisch hochgerüstete, mobile Interventionsarmee, agile und mobile Spezialisten an Gerät und Technik und professionelle Söldner, die auch in unbekanntem Gelände zu agieren wissen. Wo es einst das deutsche Privateigentum gegen die DDR und die NVA direkt an der Landesgrenze zu verteidigen galt, so können nach der Einverleibung der DDR deutsche Interessen in aller Welt verteidigt werden, wie im 5.000 Kilometer entfernten Afghanistan (Struck, SPD, 2002: *"Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt."*).

Daher wurde nach der Einverleibung der DDR und dem Wegfall des einstigen Gegners das deutsche Militär sukzessiv umgebaut, um sich in zunehmendem Maße international einzumischen, um den konkurrierenden Kapitalisten Terrain und Weltmarkt nicht alleine zu überlassen. Dem diente auch die Reform der Wehrpflicht unter der schwarz-gelben Regierung 2011: Zwischen den Polen 'Abschaffung' und 'Fortsetzung' der Wehrpflicht hat sich die damalige Regierung aus gutem Grund für eine 'Aussetzung' der Wehrpflicht entschieden. So behielt sie sich die Möglichkeit vor, bei der Eskalation eines Konflikts kurzfristig auf die Wehrpflicht ohne Gesetzesänderung zurückgreifen zu

können. Die Wehrpflichtigen stehen dann nicht mehr für ein stehendes Heer zur Verteidigung der Landesgrenzen bereit, sondern werden bei Bedarf ausgehoben, um den Interventionskrieg und die Expansionsbemühungen der deutschen Kapitalisten in anderen Ländern zu stärken.

Zwar stellt sich damit die Wehrpflicht im wiedervereinten und souveränen Deutschland als Teil eines expansiven, aggressiven Militärkonzepts dar, welcher rein der Offensive und den damit verbundenen Risiken dient. Aber ein deutsches Militär, das nur aus Berufssoldaten besteht, also eine professionalisierte Armee, trennt die bewaffnete Staatsmacht weitgehend von den lohnabhängigen Massen. Und dies ist für die Arbeiterklasse nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch potentiell gefährlich. Denn solange eine Armee streng hierarchisch aufgebaut ist, dient sie als Machtinstrument der herrschenden Kapitalistenklasse. Die innerdemokratische Ausgestaltung wird verhindert und die Trennung der Bevölkerungsmehrheit, also die Trennung der Arbeiterklasse von den Soldaten, wird festgeschrieben.

V. Die Frage ist nun, wie sich die politische Arbeiterklasse grundsätzlich zur Frage des Militärs positioniert.

Die Bandbreite der Positionierung der Linken reicht von einer völligen Ablehnung jeglichen Militärs und Mitteln der Gewalt, dem Pazifismus, hin zum gerechten Makler des Guten, des militärischen Verteidigers des Menschen- wie Völkerrechts.

Die pazifistische Position fordert den Verzicht auf jeglichen Einsatz von Gewalt und Waffen. Dieses hohe Ziel einer klassen- und staatenlosen Weltgesellschaft verherrlicht der Pazifismus vor seiner Zeit und unter Bedingungen gewalttätiger, ökonomischer Verhältnisse und entwaffnet sich so selbst. Dem deutschen Faschismus konnte man nur mit massiver Waffengewalt Einhalt gebieten und zur Kapitulation zwingen.

Die Verteidiger des Menschen- und Völkerrechts gehen der Kapitalistenklasse auf dem Leim. Denn das wiedervereinte und souveräne Deutschland versteht es gut, sich als ehrlichen und gerechten Makler darzustellen, der aufgrund seiner eigenen Geschichte um das faschistische wie sozialistische Böse in der Welt weiß. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die deutsche Kapitalistenklasse sich durch ihre interne Konkurrenz bei Expansionsbemühungen nicht per se einig ist. Je nach Marktlage und Interessen der jeweiligen Kapitalisten können sich unterschiedliche Fraktionen innerhalb der Kapitalistenklasse bilden. Der aktuelle wie langwierig schwelende Konflikt um und in der Ukraine zeigt dies. Die Auseinandersetzung wird seitens der Westmächte entlang der Brzezinski-Doktrin geführt. Brzezinski ging davon aus, dass die USA nur wirtschaftlicher Hegemon bleiben könne, wenn sie verhindere, dass ein einheitlicher Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok entstehe. Entlang der Unterstützung oder aber Ablehnung dieser Doktrin ist auch die deutsche Kapitalistenklasse und ihre politischen Handlanger in unterschiedliche Fraktionen gespalten.

In einerseits die sogenannten Transatlantiker - diese versprechen sich, im Windschatten der USA die deutschen Kapitalinteressen weltweit auszubauen. Andererseits diejenigen, die einen von den USA unabhängigen Kurs deutscher Kapitalinteressen favorisieren, sie wenden sich gegen ein enges transatlantisches Bündnis, um die Ellbogenfreiheit auszudehnen (im Sinne einer `gemeinsamen europäisch-russischen Sicherheitsarchitektur`).

Summa summarum: je nach Marktlage und Fraktionsstärke der deutschen Kapitalisten macht die BRD mal hier, mal da einen Bösewicht aus, dem es militärisch Einhalt zu gebieten gelte. Heute ist Putin Streitpunkt der deutschen Kapitalisten, der als verkappter Diktator Russlands das Völkerrecht bricht, gestern war es Milosevic, als verkappter Diktator Jugoslawiens, der das Menschenrecht brach. Doch unbeschrien bleiben gestern wie

Exkurs: Das Völkerrecht

Das Völkerrecht hat als Rechtssubjekte Staaten. Über den Staaten existiert keine überstaatliche Gewalt, die das Recht der Völker, welches in Wirklichkeit das Recht, der in den Staaten jeweils herrschende Klasse ist, durchzusetzen in der Lage wäre. Seine Prinzipien und Normen müssen zwischen den Staaten vereinbart werden. Das Völkerrecht in seiner jeweiligen Ausprägung ist deshalb Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Staaten zueinander. Finden bestimmte staatliche Akteure keine gemeinsame Definition bezüglich einer Angelegenheit, ist deshalb eine militärische Konfrontation nicht ausgeschlossen. Solange es Staaten gibt und diese miteinander ringen, ist das Völkerrecht ein umkämpftes Feld. Wohlgemerkt: Nicht die Völker ringen miteinander und stehen in Konfrontation zueinander, sondern die jeweils herrschende Klasse eines Landes mit einer oder mehrerer anderer herrschenden Klassen anderer Länder. „*Der Krieg ist für die Reichen. [...] Die Arbeiter sind die Leichen*“ (Stückrath, Lied, 1916) Solange Deutschland ein kapitalistisch imperialistischer Staat ist, sollten wir uns im Klaren darüber sein, dass beispielsweise:

- der seit Jahren von deutscher Seite immer wiederholte Ruf nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat der Versuch ist, den weltweiten Einfluss der herrschenden Klasse dieses Landes massiv zu erhöhen;
- das Bekenntnis zum eigenen Völkerrechtsbruch im Jugoslawienkrieg, welchen Deutschland beging und den der ehemalige Bundeskanzler Schröder 16 Jahre nach dem Krieg freimütig gestand, sicher nicht im Interesse des Großteils der Menschen Jugoslawiens und Deutschlands begangen wurde. Im Übrigen wurde dieser Krieg von der NATO ohne UN-Mandat geführt und mit den Menschenrechten begründet;
- der Vorwurf u.a. Deutschlands an Russland, das Völkerrecht gebrochen zu haben, sicher nicht aus Rücksicht gegenüber der Bevölkerung der Ukraine geschieht.

Das jeweilige politische Jonglieren zwischen der Berufung aufs Völkerrecht und seinem Bruch, dass sich Beziehen auf die Menschenrechte oder eben nicht und vieles andere mehr, kann nicht in unserem Interesse sein. "*Der Hauptfeind steht im eigenen Land.*" (Karl Liebknecht, 1915)

heute andere, beispielsweise Saudi Arabien, die als gute Handelspartner geschätzt werden. Die Teile der Linken, die sich dazu bekennen und lauthals unterstützen, den einen oder anderen Bösewicht militärisch zu bekämpfen, spielen nur der

einen oder anderen Fraktion der deutschen Kapitalistenklasse in die Hände. Die Aufgabe derjenigen aber, die im Interesse der Arbeiterklasse handeln, kann es nicht sein, den Interessen der herrschenden Kapitalisten zu dienen. Der Grundsatz bleibt daher der gleiche wie damals 1915: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Die jeweiligen Interessen und Propaganda der unterschiedlichen deutschen Kapitalfraktionen sind zu hinterfragen und zu analysieren, nicht an- und überzunehmen.

Die Forderung der politischen Arbeiterklasse muss lauten, dass das deutsche Militär sich allein auf die Verteidigung der eigenen Landesgrenzen zu konzentrieren hat und nicht auf irgendwelche Expansionsbestrebungen. Dabei wäre zu erwarten, dass die Teile des Kapitals, die nicht in erster Linie exportorientiert sind und denen es eventuell auch an ökonomischer Potenz fehlt oder sich von der jeweiligen Expansion keinen Profit versprechen sich gegen die anderen Kapitalfraktionen stellen. Die politische Arbeiterklasse könnte wenigstens den Versuch wagen, die jeweiligen Fraktionen gegeneinander auszuspielen, statt sich nur einer Fraktion anzuschließen.

Weiterhin muss die oben erwähnte Trennung des Militärs von der lohnabhängigen Klasse verhindert werden. Das heißt Beibehaltung einer allgemeinen Wehrpflicht bei **gleichzeitiger Demokratisierung des Militärs**.

Anderenfalls würde die politische Arbeiterklasse die Trennung vom Militär zulassen und deren politische Gestaltung komplett der Gegenseite, der Kapitalistenklasse überlassen. Hierbei muss bedacht werden, dass die Kapitalistenklasse das Militär explizit zum Schutz im Inneren nutzen will und nutzt.

Daher lehnen wir zwar eine deutsche Beteiligung an jeglichen kapitalistisch-imperialistischen Feldzügen ab, fordern aber eine bleibende Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht unter Beibehaltung des Kriegsdienstverweigerungsrecht und unter der Bedingung, dass das deutsche Militär streng demokratisiert wird.

Für eine solche Demokratisierung, die auch die bestehende Hierarchie im Militär brechen würde, schlagen wir im Einzelnen zur Diskussion vor:

- Schaffung eines Kontrollorgans aus dem Durchschnitt der Bevölkerung
- Aufhebung der Kasernierung
- Statt Drill, Kadavergehorsam und ständischer Hierarchie selbstverwaltende Organisation des Militärs und all seiner Waffengattungen durch die Soldaten
- Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Offiziere aus den Reihen der Soldaten
- Freie Wahl der Ausbilder durch die Soldaten
- Abschaffung jeglicher Militärgerichtsbarkeit und Standgerichte
- Kirche raus aus dem Militär
- Aufbau professioneller psychologischer und sozialpädagogischer Betreuung von Soldaten und Angehörigen

Ein solcher Art demokratisiertes Militär wäre nach wie vor im Stande die Landesgrenzen zu schützen, kann aber aufgrund seiner Verbundenheit mit der Masse der Bevölkerung bei inneren Umwälzungen und Entwicklungen nicht mehr einseitig dem Schutze der Kapitalisten nach innen hin dienen. Im Gegenteil könnte es trüchtig einhergehen mit Änderungen, die da kommen mögen.

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

www.demokratie-und-klasse.org

Arbeitskreis Bundeswehr, 2026
Vi.S.d.P.: Mark Grün
Mailänder Str. 19, 60598 Frankfurt am Main
Mail: demokratie-und-klasse@posteo.de
Fotonachweis: Pixabay.com
Versionsnummer: 2026-02-17

